Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. R. Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 157

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 3. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

61. Sitzung vom 2. März, 1 Uhr.

Die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats für 1894/95 wird beim Militäretat fortgesetzt.

Bei Titel 1 der dauernden Ausgaben: Kriegsministerium kommt

Abg. **Bebel** (Sozd.) auf den Hannöverschen Spielerprozeß zurück. Er legt dagegen Verwahrung ein, daß der Kriegsminister bei der Generaldebatte gesagt habe, er, Bebel, habe damals diesen Prozeß nur zur Sprache gebracht, um die Offiziere in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Er habe die Sache zur Sprache gebracht, weil dieser Prozeß in den weitesten Kreisen peinliches Aufsehen erregt habe. Heute wolle er konstatiren, daß die Reitschule in Hannover seit Jahren eine Art Hochschule für die Verleitung zum Spiele in der Armee sei, und daß gewisse Kavallerie-Regimenter sich nicht scheuten, ihre Tischgelder den zur Reitschule kommandirten Offizieren zur Verfügung zu stellen, damit sie das Regiment würdig repräsentirten. Der Spielteufel der Offiziere sei es zum nicht geringen Theile, welcher die agrarischen Nothschreie verschulde. Und dabei seien die am Spielerprozeß betheiligten Offiziere überaus mild bestraft worden. Sodann wendet sich Redner gegen die Behandlung der Sozialdemokratie in der Armee. Ein Parteigenosse von ihm, Dr. Oppenheimer in Straßburg im Elsaß, sei wider die gesetzlichen Bestimmungen der Heerordnung verpflichtet worden, das zweite Halbjahr seines Einjährigendienstes mit Verlust der Stellung als Unterarzt anzutreten, weil er Sozialdemokrat sei und sich an sozialdemokratischen Festlichkeiten anläßlich der Anwesenheit des Abg. Bebel in Straßburg betheiligt habe. Es bestehe ein Spionensystem, um die sozialdemokratische Gesinnung der Soldaten auszukundschaften. Zum Beweis hierfür verliest Redner Stellen aus geheimen Erlässen der bayerischen Militärverwaltung, der Amtshauptmannschaft Annaberg i. S. ꝛc. Sozialdemokratische Agitatoren, Redner ꝛc. würden in den Listen blau unterstrichen, gewöhnliche Sozialdemokraten roth unterstrichen geführt, außerdem suche man sozialdemokratische Rekruten möglichst nach kleinen Garnisonen abzuschieben. Da sei es doch das Beste, die Anhänger der Sozialdemokratie vom Militärdienst ganz auszuschließen. (Heiterkeit.) Und dabei erfüllten die sozialdemokratischen Soldaten voll ihre Schuldigkeit, gehören sogar zu den besten Soldaten. Redner will eine Ansprache des Kaisers verlesen, in welcher u. A. auch verlangt wird, daß der Soldat sein Vaterunser beten könne, wird aber vom Präsidenten daran gehindert, da es nicht Brauch des Hauses sei, den Kaiser in die Debatte zu ziehen. Bebel schließt mit der Versicherung, daß wir uns nachgerade in der ganzen Welt lächerlich machten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff** meint, der Hannoversche Spielerprozeß gehöre eigentlich nicht zu den Gegenständen, über die der Reichstag verfassungsmäßig zu berathen habe. (Oho! bei den Soz.), er bestreite entschieden, daß die Reitschule in Hannover das Spiel befördere. Sie solle tüchtige Reiter und Pferde heranbilden, Herz und Nerven der Offiziere stärken, ihren Charakter stählen. Der Begriff Luxus sei sehr relativ; es gäbe sehr reiche, weniger bemittelte und unbemittelte Offiziere. Daß einmal über die Stränge geschlagen werde, komme überall vor. „Militär-Gigerl“, von denen Bebel bei der Generaldebatte gesprochen, kenne er nicht. Es gebe bestimmte Kleidervorschriften und die würden beachtet. Was der Fall Oppenheimer betreffe, so sei derselbe deshalb nicht Unterarzt bezw. Offizier geworden, weil er sozialdemokratische Agitation getrieben. Sozialdemokraten dürften nicht Führer in der Armee sein. Er begreife überhaupt nicht, wie ein zielbewußter Sozialdemokrat den Fahneneid leisten könne. Es muß uns daran liegen, die zielbewußten Sozialdemokraten kennen zu lernen; wir müssen wissen, wer widerwillig seine Pflicht thut. Ob die Leute vorher einmal eine sozialdemokratische Versammlung oder ein sozialdemokratisches Lokal besucht haben, ist uns gleichgiltig. Die Sozialdemokraten ganz vom Militärdienst frei zu lassen, verstoße gegen das Gesetz. (Beifall.)

Auf eine Anfrage des Abg. **Roesicke**, wie sich die Militärverwaltung zu der Petition des Landesvereins preußischer Volksschullehrer (Bewilligung des einjährig-freiwilligen Dienstes) stelle, erwidert der **Kriegsminister**, daß die Militärverwaltung schon lange sich mit der Frage beschäftigte, wie die Militärverhältnisse der Volksschullehrer besser geregelt werden könnten. Zu diesem Zweck habe sie sich auch mit dem preußischen Kultusminister in Verbindung gesetzt. Zunächst werde es sich wohl um ein Uebergangsstadium handeln. Er sei überzeugt, daß die Lehrer, deren Ehrgefühl, Intelligenz und sonstige ausgezeichneten Eigenschaften er zu würdigen wisse, im Kriegsfall sehr wohl als Vorgesetzte eingestellt werden könnten.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Rickert erwidert der **Kriegsminister**, daß die Militärverwaltung aufrichtig und ernst bestrebt sei, eine einheitliche Militärstrafprozeßordnung zu schaffen. Die Verhandlungen mit Bayern seien vorläufig zum Abschluß gekommen. Er habe einen fertiggestellten Entwurf einer Militärstrafprozeßordnung vorgefunden, doch habe derselbe noch verschiedene geschäftliche Stadien zu durchlaufen, bevor er dem Reichstage zur Berathung und Verabschiedung zugehen könne.

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.) protestirt gegen die Behauptung des Abg. Bebel, daß das Spiel in der Armee mit an der Nothlage der Landwirthschaft schuld sei, seit wann hänge der Getreidepreis vom Kartenspiel ab? Er benutze die Gelegenheit, um die Meldung des „Volk“ als durchaus unwahr zu bezeichnen, daß konservative Abgeordnete wegen einer Aeußerung des Kaisers über den russischen Handelsvertrag ihren militärischen Abschied genommen hätten. Die Armee, welche die Staats- und Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten solle, müsse sich gegen das Eindringen sozialdemokratischer Elemente schützen. Durch den Dienst in der Armee würden die Sozialdemokraten gebessert und wieder vernünftig gemacht. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten bekämpften vornehmlich Christenthum und Armee, weil beide die besten Stützen des Königthums seien. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **v. Roon** (kons.) rühmt die auf Gottesfurcht beruhende Erziehung der Soldaten in der Armee und beschuldigt die Sozialdemokratie, die Disziplin im Heere lockern zu wollen.

Abg. **Bebel** (Soz.) erklärt sich gegen den Einjährig-Freiwilligen-Dienst der Lehrer. Seine Partei sei gegen das ganze Institut der Einjährig-Freiwilligen, das sich nur als ein Privilegium des Geldbeutels darstelle. Erlasse der Höchstkommandirenden würden in der Armee prompt befolgt, habe der Kriegsminister gesagt. Wie komme es denn, daß die Erlasse gegen die Soldatenmißhandlungen, auf die er später noch zurückkommen werde, nicht befolgt würden? Den Ausdruck „Militärgigerl“ habe er nicht erfunden, sondern in der Presse gelesen. Man verstehe unter „Militärgigerln“ Offiziere mit ungewöhnlich hohen Kragen, langen Stiefelspitzen ꝛc. (Heiterkeit) Gigerlthum deute immer auf Verweichlichung. Zwischen Civil- und Militärbehörden finde eine fortgesetzte Kommunikation statt, um Sozialdemokraten in der Armee ausfindig zu machen. Zum Fahneneid würden die Sozialdemokraten gezwungen. Uebrigens würde die Armee an Bedeutung und Schlagfertigkeit nichts verlieren, wenn der Fahneneid beseitigt würde. Die Disziplinarstrafen seien ausreichend. Man verklage ja z. B. einen Beamten, der den Diensteid geleistet, aber vielleicht wegen Unterschlagung bestraft werde, auch nicht wegen Meineid. Die Hauptsache bleibe, daß die Sozialdemokraten als Soldaten ihre Pflicht thäten. Und sie seien viel zu kluge Leute, um das nicht zu thun. Sie heulten mit den Wölfen. Unter den Sozialdemokraten gäbe es Tausende von Unteroffizieren, die vielleicht im nächsten Kriege berufen sein würden, führende Stellungen einzunehmen. In der sozialdemokratischen Fraktion säßen allein 13 Unteroffiziere. Die Militärverwaltung, statt die Sozialdemokratie zu verfolgen, sollte froh sein, wenn ihr im nächsten Kriege eine so große Partei wie die Sozialdemokratie mit ihren Mannschaften zur Seite stehe. Die Ausbreitung der Sozialdemokratie werde man durch keine Mittel verhindern können und gerade die Herren auf der Rechten trügen zu dieser Ausbreitung bei, indem sie hohe Getreidepreise verlangten, damit ihre Söhne ihren nobelen Passionen fröhnen könnten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Werner** (Antisemit) fragt, ob die Stadt Hersfeld die Kriegsschule behalten werde. Damit man die Leistungsfähigkeit der Juden auf militärischem Gebiete kennen lerne, werde es sich empfehlen, besondere jüdische Halbbataillone unter jüdischen Offizieren zu errichten. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.) polemisirt gegen die Ausführungen des Abg. Bebel und erklärt, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer doch durch das Christenthum überwunden werde.

Abg. **Tutzauer** (Soz.) befürwortet eine Petition, in welcher sich Civilberufs-Musiker über die Konkurrenz der Militärmusiker beschweren.

Kriegsminister **Bronsart von Schellendorff** erwidert, daß die Militärverwaltung sich bei der Berathung der Petition näher über die Frage auslassen werde. Aus Bebels Rede habe er herausgehört, daß im Falle eines Krieges, wenn Noth am Manne sei, die Militärverwaltung auf die Sozialdemokratie rechnen könne. Er nagele dieses werthvolle Zeugniß fest.

Abg. Dr. **Förster** (Antis.) wünscht, daß den Unteroffizieren das Aufrücken zum Offizier ermöglicht werde. Der Unteroffiziermangel hänge wesentlich mit der Beschränkung der höheren Karriere zusammen.

Die Debatte wird geschlossen und der Titel Kriegsminister bewilligt.

Bei dem Kapitel Militärgeistlichkeit erwidert Generallieutenant **v. Spitz** auf eine Anregung des Abg. **Schall**, daß mit der Vermehrung der Armee auch die Vermehrung der Geistlichen Schritt halten müsse.

Hierauf wird die Weiterberathung auf morgen 2 Uhr vertagt. Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 2. März, 11 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Abg. **Beumer** (nl.): Vor einigen Tagen ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich einem Assessor als Regierungsvertreter mit Unrecht in die Schuhe geschoben habe, er hätte das Mannesmannsche Verfahren nicht unter die Gegenstände der Metallverarbeitung gerechnet. Auf Grund einer Zuschrift zweier Industriellen, die bei der betreffenden Sitzung, welche die Ausnahmebestimmungen über die Sonntagsruhe in der Metallindustrie berieth, zugegen waren, muß ich diese Behauptung aufrecht erhalten, denn der betreffende Assessor hat zwar nicht in einer Rede, aber wohl durch einen Zuruf während der Rede eines Industriellen eine entsprechende Aeußerung gethan.

Sodann wird die Berathung des **Kultusetats** fortgesetzt.

Abg. **Träger** (Frs. Vpt., bei der im Hause herrschenden Unruhe schwer verständlich): Ich richte eine Anfrage an die Regierung in einer Angelegenheit, welche schon in der vorigen Session hier verhandelt worden ist, und in welcher der Minister seine definitive Entscheidung abhängig machte von einem damals noch zu erwartenden Ereigniß. Dieses Ereigniß hat sich nun vollzogen; es handelt sich nämlich darum, daß die Kinder der Dissidenten zwangsweise zum Besuch des Religionsunterrichtes angehalten werden. Der Minister hat sich für die von ihm geübte Praxis auf ein Reskript des früheren Kultusministers vom 4. Februar 1889 berufen. Die Praxis der Gerichte, auch des Kammergerichts, hat sich für die Giltigkeit dieses Reskripts entschieden. Aber die Entscheidung des Kammergerichts ist eine juristische Ungeheuerlichkeit. Das Landgericht in Halle hat sich denn auch noch vor Kurzem ausgesprochen. Es erklärte diese Beschränkung des Erziehungsrechts der Eltern für unzulässig. Die Sache trifft nicht nur diejenigen, welche ein geringes Interesse an der Religion haben, sondern berührt gerade die am tiefsten, die es mit der Religion am ernstesten nehmen. Im vorigen Jahre ist in der That von fast allen Seiten des Hauses der Erlaß des Ministers als unhaltbar bezeichnet worden. Insbesondere hat Dr. Friedberg dies treffend gekennzeichnet. Mit dem Unterricht in der Religion kann doch nur Unterricht in einer staatlich anerkannten Religion gemeint sein. Der Erlaß des Ministers aber bedeutet einen Gewissenszwang der Eltern, die einer staatlich anerkannten Religion nicht angehören. Man kann doch z. B. nicht einen Neger, der in Berlin sein Domizil nimmt, zwingen, seine Kinder in einer der staatlich anerkannten christlichen Konfessionen erziehen zu lassen. Nun wird gesagt: es soll kein Vater das Recht haben, seine Kinder religionslos zu erziehen. Aber es kann doch nicht geleugnet werden, daß die Freiheit des Glaubens, die uns in der Verfassung garantirt ist, auch nothwendig die Freiheit des Unglaubens in sich schließt. Auch Abg. Stöcker, den doch Niemand der Glaubenslosigkeit beschuldigen wird, hat sich auf unseren Standpunkt gestellt. Es handelt sich hier um einen Eingriff in die Gewissensfreiheit, und dieser Eingriff wird von demselben Minister vollzogen, der sich als Gegner des Gewissenszwanges erklärt hat. Man sagt, der Vater kann ja glauben, was er wolle, aber sein Kind müsse in einem bestimmten Glauben erzogen werden; das sei doch kein Gewissenszwang. Jeder Vater hat aber den natürlichen Wunsch, daß das Kind in seinen Anschauungen erzogen wird. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß ein Kind in der Schule in einer Anschauung erzogen wird, die gerade entgegengesetzt ist den Anschauungen im Elternhause. Es liegt nicht im Interesse der Allgemeinheit und der Religion, wenn dieses der Verfassung widersprechende Reskript noch länger aufrecht erhalten wird. Durch den Gewissenszwang, den Sie damit ausüben, wird die Sache am meisten geschädigt, die Sie vertreten. (Beifall links.)

Kultusminister Dr. **Bosse**: Ich bezweifle nicht, daß das, was der Vorredner entwickelt, aus ernstem religiösen Interesse hervorgegangen ist, und daß er den status causae et controversiae durchaus richtig gezeichnet hat, aber ich kann ihm nicht darin beipflichten, daß gerade die Voraussetzung, von der ich eine Aenderung meiner Anschauung abhängig gemacht habe, nämlich die Praxis der Gerichte, sich im Gegensatz mit meinen Anschauungen befindet. Gerade das Gegentheil ist der Fall, das Kammergericht als oberste Instanz hat meinen Standpunkt gebilligt. Nun sagt der Abg. Träger freilich, dieses Erkenntniß sei eine juristische Ungeheuerlichkeit. Ich würde es nicht wagen, ein Erkenntniß unseres obersten Gerichtshofes so zu bezeichnen. Ich finde in dem Erkenntniß eine volle Bestätigung der rechtlichen Ausführungen, die ich im vorigen Jahre gemacht habe. Ich wiederhole, daß ich auf diesem streng verfassungsmäßigen Standpunkte noch heute stehe. Nur eine einzige erstinstanzliche Entscheidung nimmt eine gegensätzliche Stellung ein. Es handelt sich nicht um Gewissenszwang oder Gewissensfreiheit weder des Vaters noch des Kindes, sondern um einen Eingriff in das Erziehungsrecht des Vaters, und dieser Eingriff ist verfassungsrechtlich statuirt und gebilligt. Nun gebe ich dem Vorredner zu, daß der Zustand, der dadurch herbeigeführt wird, kein wünschenswerther ist. Es ist nicht anzunehmen, daß der Religionsunterricht hier diejenigen Früchte trägt, die er tragen sollte, namentlich wenn im Elternhause entgegengewirkt wird. Ich habe schon im vorigen Jahre hervorgehoben: meine Praxis ist gerade aus diesem Grunde eine thunlichst milde. Ich verlange nicht den Nachweis eines konfessionellen Unterrichts, sondern eines geordneten Religionsunterrichts. In allen Fällen mit Ausnahme eines einzigen habe ich die Anträge, die an mich gestellt waren, genehmigt und die Dispense ertheilt. Nur in einem Falle hier in Berlin habe ich den Dispens nicht ertheilt, denn ich habe mich nicht überzeugen können, daß der Unterricht wirklich ein Religionsunterricht war, sondern es war ein sozialdemokratischer Vorbereitungsunterricht. (Zustimmung rechts.) Das muß doch der Vorredner zugeben, daß man gegen seinen Standpunkt erhebliche rechtliche Zweifel haben kann. Ich stehe nicht subjektiv willkürlich da, ich trete nicht mit juristischem Eigensinn ihm entgegen, denn ich stütze mich auf das Erkenntniß unserer höchsten Gerichte. Ueber dieses mein juristisches Gewissen kann ich nicht hinaus, und deswegen bleibe ich bei dem im vorigen Jahre von mir vertretenen Standpunkte.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.) schließt sich den Ausführungen des Ministers in der Dissidentenfrage an. Ich verwahre mich gegen die beleidigende Unterstellung, als wenn die Katholiken unparteiisch behandelt würden. Auch den Kultusminister hindert sein protestantischer Standpunkt nicht, die Katholiken nach Grundsätzen der Gerechtigkeit zu behandeln. Das Verlangen nach Wiederherstellung der katholischen Abtheilung entspringt dem Streben der katholischen Kirche nach Weltmachtstellung. Gerade weil diese Wiederherstellung den Frieden gefährden würde, freue ich mich über die entschiedene Erklärung des Ministers dagegen. Gerade die Durchführung einer mechanischen Parität ist ein ungerechtes Verlangen. (Widerspruch im Centrum.) Eine katholische Wissenschaft wäre das Gegentheil von echter Wissenschaft. (Unruhe im Centrum.) Unsere Universitäten sollen aber Pflegestätten wahrer Wissenschaft sein. (Sehr richtig!) Die Schulaufsicht kann auch nach dem Urtheil des ehemaligen Kultusministers Graf Zedlitz nur von Fachmännern mit Erfolg ausgeübt werden, und ich bitte deshalb die Regierung, daß sie immer mehr staatliche Kreisschulinspektoren anstellt. Ich freue mich, daß nach den Versicherungen des Abg. v. Jazdzewski und des Ministers die Zusage auf Einführung eines fakultativen polnischen Unterrichts nichts mit anderen politischen Maßnahmen zu thun hat. Das würde auch zur politischen Depravation führen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist auch erfreulich, daß damit die bisherige Polenpolitik grundsätzlich nicht verlassen werden soll. Ich fürchte, der Kultusminister ist zu optimistisch, wenn er meint, mit der Einführung des polnischen Schreib- und Sprachunterrichts in der Mittelstufe die Angelegenheit aus unsicheren in sichere Bahnen für alle Zeiten geleitet zu haben. Diese Maßnahme kann dazu führen, daß schließlich dieser Unterricht in der polnischen Sprache das Ziel, die Polen zu Deutschen zu machen, aus dem Auge verlieren läßt. Das Drängen, den polnischen Religionsunterricht auch da einzuführen, wo nur wenig polnische Kinder sind, wird wachsen. Man wird polnische Lehrer verlangen, sodaß die Gefahr entsteht, daß Gegenden, die bisher durchaus deutsch waren, polnisch werden. Die Staatsregierung übernimmt eine

schwere Verantwortung, von der ich hoffe, daß sie sie tragen wird. (Lebhafter Beifall rechts und anhaltendes Zischen im Centrum.)

Minister **Dr. Bosse**: Die Besorgniß, daß deutsche Gemeinden polonisirt werden, ist verfehlt; denn für diese Gemeinden besteht ja kein polnischer Religionsunterricht. Alle Regierungspräsidenten Posens waren der Ansicht, daß mit unserer Maßnahme das bisherige System nicht verlassen wird. Es ist doch nicht zu übersehen, daß der polnische Schreib- und Leseunterricht nicht auf der Unterstufe, sondern erst auf der Mittelstufe ertheilt werden soll wo die Kinder bereits gut Deutsch sprechen können. Es besteht also für diese Kinder keine Gefahr mehr. Den polnischen Religionsunterricht kann Niemand verbieten, der in die Verhältnisse Provinz Posen eingeweiht ist. Welchen Kriegszustand würden wir durch ein Verbot des polnischen Religionsunterrichts hervorrufen! Durch ein solches Verbot würden wir einen Gewissenszwang hervorrufen. (Sehr richtig!) Ich bedauere, daß die Maßregel gerade in politisch erregte Zeiten fällt und der Gedanke auftauchen kann, als wenn damit ein Handelsgeschäft betrieben werden sollte. Das ist nicht der Fall, auch ich würde es für einen schweren politischen Fehler halten. Ich habe gestern offen darüber gesprochen, weil ich es für nöthig halte, daß die Volksvertretung weiß, was die Regierung thun will. (Beifall.)

Abg. **Rickert** (Frs. Vgg.): Ich lege der Maßnahme nicht die Bedeutung bei, wie die Konservativen. Die Maßnahme der Regierung wird Polen und Deutsche gleichmäßig befriedigen. Man irrt, wenn man glaubt, der Staat könne das Deutschthum in den Grenzmarken schützen. Das müßten die Deutschen selbst thun. Bezüglich der Dissidentenfrage sollte sich der Minister auf den Standpunkt des früheren Kultusministers Mühler stellen. Wir werden in dieser Frage leider warten müssen, bis das Gesetz eine Entscheidung getroffen hat. Ich erkenne an, daß der Minister im Großen und Ganzen im Volksschulwesen unparteiisch gearbeitet hat, insbesondere was die Schulvorstände und Schuldeputationen betrifft. Ich hoffe, daß die Anregung des Ministers, daß die Lehrer in die Schulvorstände gehören, bei den Gemeinden auf fruchtbaren Boden fällt. Die Verfügung über Erleichterung des Rektorexamens für Theologen hat der Minister entschuldigt damit, daß hierzu ein Bedürfniß vorliegt. Warum werden dann nicht auch für die Volksschullehrer, die vier Prüfungen zu machen haben, die Prüfungen erleichtert? Bedenklich geradezu ist, daß die Theologen entbunden werden von der dreijährigen praktischen Beschäftigung im Schulamt. Die Erklärung, welche der Minister über die Verkürzung der Schulpflicht abgegeben hat, wird die Beunruhigung im Publikum nicht gänzlich beseitigen. Ich würde selbst darin einen Rückschritt sehen, wenn der Minister es zuließe, daß die Regierungen die Eltern darauf hinweisen, daß sie ihre Kinder schon vor dem sechsten Lebensjahr in die Schule schicken können. Ich bitte den Minister, daß er die Oppelner Verfügung zurücknimmt. Leider haben wir keine Aussicht, in nächster Zeit ein uns befriedigendes Volksschulgesetz zu erhalten. Ich bitte jedenfalls den Minister, daß er eine klare Auskunft über eine gesetzliche Regelung der Schulpflicht giebt.

Minister Dr. **Bosse**: Ich bin gern bereit, die letzte Frage näher zu erwägen. Weiteres kann ich nicht versprechen. Ich bin auch sehr gern bereit, einzelne wichtige Fragen vor dem Zustandekommen eines Schulgesetzes vorweg zu erledigen. Ich gehe auch damit um, ein Lehrerbesoldungsgesetz vorzubereiten, wo die konfessionellen Fragen ausgeschieden werden könnten. Bei einem Dotationsgesetz werden auch interne und konfessionelle Fragen behandelt werden. Ich hoffe, daß es mir durch ein Lehrerbesoldungsgesetz gelingen wird, die auf diesem Gebiet bestehenden Mißstände zu beseitigen. Die Theologen konnten schon früher durch das Provinzialschulkollegium vom Mittelschullehrerexamen befreit werden, wenn sie besondere Tüchtigkeit im Schulfach bewiesen hatten. Im vorigen Jahr haben nur 11 Theologen die Rektorprüfung ohne vorhergehende Mittelschullehrerprüfung bestanden. Im Ganzen befinden sich unter den Rektoren 1045 seminaristisch, 163 theologisch gebildete. Seminaristisch gebildete Lehrer erlangen, wenn sie tüchtig sind, alles, was sie überhaupt erlangen können. (Beifall.) Die Schulzeit abzukürzen, liegt nicht in unserer Absicht.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Man hatte geglaubt, daß das Centrum durch das Sperrgeldergesetz befriedigt sei, das eine Demüthigung des preußischen Staates bedeutete. Nach der Rede des Abg. Bachem hatten ich und viele andere den Eindruck, daß er der Regierung sagen wollte, hier sind die Handelsobjekte, für die wir für den Handelsvertrag zu haben sind. (Lachen im Centrum.) Die Klage darüber, daß die katholischen Geistlichen einen geringeren Zuschuß erhalten als die evangelischen, wäre doch nur dann berechtigt, wenn auch in der evangelischen Kirche das Cölibat bestände. Für katholische Kirchen in Berlin könnte das Centrum nur dann Zuschüsse verlangen, wenn wir für evangelische Kirchenbauten etwas bewilligt hätten. Das ist nicht der Fall gewesen. Sollte einmal eine katholische Universität in Münster eingerichtet werden, dann würde sich ein noch größerer Sturm dagegen erheben, wie gegen das Zedlitzsche Schulgesetz. Denn dann würde sich der preußische Staat selbst aufgeben, er würde aufhören, seine Aufgaben als Kulturstaat zu erfüllen. (Zustimmung links.) Katholische Medizin ginge ja noch allenfalls, nach den Erfolgen des Pfarrers Kneipp (Heiterkeit.) und nach denen des Liebertbees. (Erneute Heiterkeit.) Bei der Besetzung der höheren Verwaltungsstellen mit Katholiken haben allerdings auch politische Rücksichten maßgebend sein müssen. (Aha! im Centrum.) Ja, es ist aus den Kreisen des katholischen rheinischen Adels mit Schmerz konstatirt, daß das Centrum leider in Verbindung mit den Polen und Welfen undeutsche Interessen verfolge. (Widerspruch im Centrum.) Schließlich werden die katholischen Beamten vom Standpunkt des Centrums beurtheilt. Freiherr von Schorlemer Alst wäre z. B. kein gläubiger Katholik mehr. (Widerspruch im Centrum und Heiterkeit.) Auch die, die gegen die Militärvorlage stimmten, galten ja bei Ihnen nicht mehr als gläubige Katholiken. (Sehr richtig!) Das Verhältniß der katholischen Abiturienten zu den Abiturienten der übrigen Konfession ist im Rheinland dies, daß auf 6000 Katholiken 1 Abiturient und auf 1600 Protestanten auch 1 Abiturient kommt. Die katholische Abtheilung war nach dem Urtheil des Fürsten Bismarck die Vertretung des Papstes innerhalb der preußischen Regierung. Es ist ein starkes Stück, die Wiederherstellung einer Gesellschaft, die vom Papst abhängig ist, zu verlangen. Wir bekämpfen alle Ihre Forderungen. Damit dienen wir dem Interesse des Vaterlandes. (Beifall bei den Nationalliberalen, Zischen im Centrum.)

Abg. **Neubauer** (Pole) fordert auch in Westpreußen Einführung des polnischen Schreib- und Lese-Unterrichts und zwar auch auf der Oberstufe.

Minister Dr. **Bosse**: Ich kann dem Vorredner nicht in Aussicht stellen, daß wir in Westpreußen ähnliche Maßnahmen ergreifen wie in Posen.

Abg. **Stöcker** (kons.): Auf der Volksschule darf nur soviel Polnisch getrieben werden, als zu einem gedeihlichen Religionsunterricht nothwendig ist. Im übrigen sollen alle Kinder in der deutschen Volksschule zu deutschen Bürgern erzogen werden. Die Maßnahme des Ministers hat schultechnisch ein Bedenken, es können nicht zwei Sprachen auf der Volksschule gelehrt werden, wo die Schüler kaum mit einer Sprache zu Stande kommen. Ferner macht es mich besorgt, daß man in so kurzer Zeit einen Systemwechsel hat eintreten lassen. Bis ins innerste Mark wird das deutsche Volk von dieser Unruhe in der Politik bewegt. (Zustimmung rechts.) Gegen den Erlaß des früheren Kultusminist rs über den polnischen Privatunterricht haben wir geschwiegen, weil wir einen Versuch machen wollten. Was jetzt zugestanden ist, ist viel mehr. Wir wollen nicht, daß unsere Bürger polnischer Zunge Bürger zweiter Klasse werden, indem sie nirgends die deutsche Sprache gebrauchen können. Das Sperrgeldergesetz ist nicht eine Demüthigung des preußischen Staates, sondern eine Demüthigung der liberalen Gesetzgebung, und der kann man nicht Demüthigung genug wünschen (Lebhafte Zustimmung rechts). Noch 50 Jahre werden wir an ihrer Beseitigung zu arbeiten haben. Gegenüber dem Abg. Rickert betone ich, daß wir ein ganzes Volksschulgesetz wollen, daß wir kein Dotationsgesetz ohne Volksschulgesetz wollen. Grade jetzt ist der Augenblick günstig, daß wir ein Schulgesetz mit ungeheurer Mehrheit machen. Von einem Sturm gegen das Zedlitzsche Schulgesetz sollte man nicht reden, der Sturm hat sich nicht erhoben, sondern ist erhoben. Und mir haben einzelne Herren gesagt, daß, wenn sie die Folgen vorausgesehen hätten, sie den Sturm nicht mitgemacht hätten. (Ruf links: Namen nennen!) Ich kann Ihnen doch nicht meine Privatunterhaltungen mittheilen. Der Minister hat von einem Lehrerbesoldungsgesetz gesprochen. Man kann ein solches Gesetz doch nicht mechanisch machen, ohne daß die Rechte der Gemeinde festgestellt sind. Ich richte an den Minister die dringende Bitte, er möge diese Legislaturperiode benutzen, um uns ein Volksschulgesetz vorzulegen, wir würden ihm dabei die allergrößte Unterstützung und Hilfe erweisen. Ich würde es freudig begrüßen, wenn Schullehrer Kreisschulinspektoren würden, aber ich bestreite, daß es unter den Pastoren keine tüchtige Schulmänner gebe. Die Verfügung über das Rektorexamen der Theologen begrüße ich freudig. Die Wiederherstellung der katholischen Abtheilung wünschen wir nicht, im Interesse des Friedens. Ich danke dem Minister für die Erfüllung der von der Generalsynode geäußerten Wünsche. Ich bitte den Minister, weiter fortzufahren in der Fürsorge für die Prediger-Seminare. (Beifall rechts.)

Minister Dr. **Bosse**: Bezüglich der Predigerseminare stimme ich mit dem Vorredner überein. Ich danke ihm dafür, daß er mir seine Unterstützung in Aussicht gestellt hat für ein Volksschulgesetz. Ich werde die Unterstützung für das Schulgesetz, wenn ich es vorgelegt haben werde, nehmen, wo ich sie finde. (Unruhe rechts.) Daß ich zur Zeit kein Schulgesetz vorlegen kann, weiß Herr Stöcker auch. Durch den polnischen Privatunterricht war die Schule viel mehr belastet, als durch die Maßregel, die wir jetzt planen. Ich will gerade herbeiführen, daß die Kinder zu einer bestimmten Zeit und in einem zu kontrollirenden Maßstab lernen, was sie für das religiöse Leben nöthig haben. Gerade durch die Konzession des polnischen Privatunterrichts war das System durchbrochen worden. Auf diesem Gebiet wenigstens will ich die Regierung gegen den Vorwurf des Systemwechsels verwahren. Möge Herr Stöcker es verantworten, wenn er immer wieder der Staatsregierung vorwirft, sie stehe unter einem fortwährenden Systemwechsel. Ich habe davon noch nichts bemerkt und ich kann sagen, daß ich einen Systemwechsel nicht vorgenommen habe und nicht vornehmen werde.

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.): Wir bedauern die Art und Weise, wie das Schulgesetz in einer unser Staatsleben beinahe gefährdenden Weise zurückgezogen wurde. Ich hoffe, daß der Minister, wenn er in die Lage kommen sollte, ein Volksschulgesetz vorzulegen, die Unterstützung von der Seite nehmen wird, wo sie Graf Zedlitz genommen hat. Wir erkennen an, daß die Besoldungsverhältnisse der Lehrer unzulänglich sind. Wenn es gelingt, uns ein Besoldungsgesetz vorzulegen, werden wir dabei mitarbeiten. Wir erkennen an, daß der Staat keine Verpflichtung hat, katholische Kirchenbauten in Berlin zu unterstützen, aber ich hoffe, daß er helfen wird, das schreiende Bedürfniß zu erfüllen. Bei der Maßregel über die polnische Sprachenfrage bedaure ich, daß man sie nicht überall gemacht hat und anscheinend nicht machen will, wo die Verhältnisse dringend eine solche Konzession verlangen. In unserem Staat kommt es zunächst darauf an, daß christliche Kinder christlich erzogen werden. Wenn etwas leiden soll, dann müssen wir eher wünschen, daß die Kinder christliche Religion als die deutsche Sprache lernen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir geben zu, daß der Minister gerecht und wohlwollend ist, aber er hat nicht für katholische Angelegenheiten das Verständniß eines Katholiken. Redner verlangte Wiederzulassung der Jesuiten. Wir müssen entschieden die Wiederherstellung der katholischen Abtheilung verlangen. Den Protestanten würde es auch nicht recht sein, wenn sie nicht dem Kultusministerium gegenüber vertreten wären. Was in Oesterreich den Protestanten gewährt ist, muß auch in Preußen den Katholiken gewährt werden. Die katholische Bevölkerung hat ein Anrecht, auch unter den höheren Magistraturen ihre Vertrauenspersonen zu sehen. Wenn Sie uns entgegenkommen, ist das im Interesse des Staates. (Beifall im Centrum.)

Die Berathung wird nunmehr auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 2. März. [Aus dem Reichstage.] Der Reichstag zeigte heute unverkennbare Spuren von Abspannung. Beim Militäretat pflegt es sonst lebhafter zuzugehen, und wären nicht Bebels herkömmliche Angriffe gewesen, so hätte die Debatte das Bild eines wohlthuenden Einverständnisses zwischen dem Kriegsminister und dem ganzen Hause gegeben. In zwei wichtigen Punkten nämlich machte Herr von Bronsart erfreuliche Zugeständnisse. Ihm ist der Gedanke sympathisch, den Volksschullehrern die Berechtigung zum einjährig freiwilligen Dienst zu geben, und er ist fernerhin bereit, die Reform der Militärstrafprozeßordnung zu fördern. Allerdings wollten seine Vorgänger es auch, ohne es gekonnt zu haben. Man wird also erst zusehen müssen, ob Herr von Bronsart die bekannten Widerstände gegen eine Modernisirung der Militärstrafprozeßordnung geschickt zu überwinden vermag, vor allem, ob er selber willens ist, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens zuzugestehen. Ueber den materiellen Inhalt des vorbereiteten Gesetzentwurfs war in seiner Auskunft nichts enthalten. Mit wie viel oder wie wenig Glück der Kriegsminister Herrn Bebel erwidert hat, darüber wird es genau so viele Meinungen geben, wie es parteipolitische und militärpolitische Standpunkte giebt. Die Dialektik des Herrn von Bronsart, seine Fähigkeit zur Ausnutzung von kleinen Blößen des Gegners, ist ansehnlich genug. Er ist ein guter Debatter, auch in den Aeußerlichkeiten seiner Vortragsweise stark an seinen verstorbenen Bruder erinnernd. Aber diese gelenkige Gabe der dialektischen Zersetzung hat einige Gefahren in sich. Sie verführt manchmal dazu, Nebenpunkte voranzustellen, sie so zu behandeln, daß die Hauptsache darüber in den Hintergrund geschoben wird, und dann zu meinen, daß man den Gegner vollständig geschlagen habe, während man ihm doch kaum die Haut geritzt hat. Wir wollen auf die viel erörterten Beschwerdepunkte in der Bebelschen Rede nicht näher eingehen. Ueber den hannoverschen Spielerprozeß und über das Gigerlthum im Offizierkorps ist schon gerade genug gesprochen und geschrieben worden, und wir können auch nicht finden, daß die Behandlung dieser Dinge durch die heutige Verhandlung wesentlich gefördert worden sei. Herr Bebel ist etwas stark auf der Oberfläche haften geblieben, und Herr v. Bronsart hat es sich zuweilen etwas sehr leicht gemacht. Auch die Hilfeleistung der Konservativen gegen Bebel bewegte sich durchweg in konventionellen Formen. Neu war dabei der Protest der Herren v. Manteuffel und Graf Roon gegen die Behauptung der Stöckerschen Zeitung „Volk“, daß mehrere konservative Reichstagsabgeordnete ihren Abschied als Offiziere der Reserve oder Landwehr genommen hätten, weil sie nach einer Aeußerung des Kaisers auf dem Diner beim Grafen Eulenburg ihre parlamentarischen Pflichten nicht mit ihrem militärischen Verhältniß in Einklang bringen könnten. Graf Roon meinte bei dieser Gelegenheit, daß fünf Sechstel von dem, was die Presse bringe, falsch sei. Da diese Rede ja auch in die Presse kommen wird, so möchten wir für die erwähnte Bemerkung dem Herrn Grafen das sechste Sechstel mit Vergnügen noch draufgeben.

△ **Berlin**, 2. März. [Herr v. Holstein und der „Kladderadatsch“.] Ein hiesiges Blatt will wissen, Geheimrath v. Holstein habe zwei hochadelige Kartellträger zum Grafen Herbert Bismarck geschickt, mit der Aufforderung, zu erklären, ob er der Urheber der bekannten Angriffe im „Kladderadatsch“ sei, resp. ob er eine Forderung annehmen wolle. Der Befragte habe darauf erwidert, daß er mit der Sache nichts zu schaffen habe. Das betreffende Blatt bringt die Nachricht mit dem in solchen Fällen üblichen Vorbehalt. Wir wollen im Interesse des Herrn v. Holstein und der mit angegriffenen hohen Beamten wünschen, daß diese sonderbare Art, sich Genugthuung zu verschaffen, nicht gewählt worden ist. Gegen die Schmutzereien im „Kladderadatsch“ giebt es nur zwei wirksame Mittel: die Verachtung ehrlicher Männer gegen solches Treiben oder aber die Anrufung des Strafrichters. Uns persönlich gefällt das erstere Mittel besser. Denn was ist damit gewonnen, wenn nach unerquicklichen Prozeßverhandlungen eine Geldstrafe verhängt wird, die den Bestraften wenig genirt? In jedem Falle würde es die öffentliche Meinung als Sühne für die vom „Kladderadatsch“ zugefügte Unbill nicht betrachten, wenn Herr v. Holstein einen der Inspiratoren des sogenannten Witzblattes persönlich packte und vor seine Pistole brächte. Anschießen oder angeschossen werden beweist doch wirklich nichts.

— In der am 1. d. M. abgehaltenen Sitzung des Bundesraths wurde eine Aenderung der in die Vorschriften, betreffend die Civilversorgung der Militäranwärter, aufgenommenen Bedingungen für die Erlangung des Forstversorgungsscheins beschlossen, und von dem Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für 1893 Kenntniß genommen. Dem Ausschußantrage betreffend die Erstreckung der Versicherungspflicht nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz auf Hausgewerbetreibende der Textilindustrie wurde die Zustimmung ertheilt, ebenso dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die Aenderung des Strafgesetzbuchs in der vom Reichstag beschlossenen Fassung.

WB. **Königsberg i. Pr.**, 2. März. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Wähler des Reichstagswahlkreises Königsberg (Land)-Fischhausen hielt der Abg. Graf Dönhoff-Friedrichstein einen Vortrag, in welchem er für den deutsch-russischen Handelsvertrag eintrat. Es wurde darauf von der Versammlung eine Resolution angenommen, welche den Grafen Dönhoff von seinem Versprechen, gegen den Vertrag zu stimmen, entbindet und ihm bei der Abstimmung im Reichstage freie Hand läßt.

Militärisches.

* **Personal-Veränderungen im V. Armeekorps.** von Zastrow, Hauptmann vom Generalstabe der 10. Division, als Komp.-Chef in das 1. Großherzogl. Hess. Inf.- (Leibgarde-) Regt. Nr. 115, von Brixen gen. von Hahn, Rittm. und Eskadr.-Chef vom Schles. Ulanen-Regt. Nr. 2, unter Ueberweisung zum Generalstabe der 10. Division, als Hauptm. in den Generalstab der Armee, von Stamford, Hauptm. vom großen Generalstabe, zum Generalstabe des V. Armeekorps versetzt.

= **Zu den Uebungen** des Beurlaubtenstandes sind nach einer Mittheilung des „Reichsanz.“ im Etatsjahr 1894/95 einzuziehen von der Reserve und der Landwehr: bei der Infanterie 110 030 Mann, und zwar aus der Reserve 17 560 auf 14 Tage, 29 790 auf 20 Tage, aus der Landwehr 62 500; bei den Jägern 2700, bei der Feld-Artillerie 10 000, bei der Fuß-Artillerie 5000, bei den Pionieren 3000; bei der Eisenbahn-Brigade 450 der Reserve auf 28 Tage und 450 der Landwehr auf 12 Tage; bei der Luftschiffer-Abtheilung 100 der Reserve auf 20 Tage und 60 der im Luftschifferdienst ausgebildeten Reservisten anderer Waffen auf 20 Tage, bei dem Train 5490, und zwar aus der Reserve bezw. Landwehr des Trains 3660 auf 14 Tage nach Beendigung der Herbstübungen, aus der Reserve der Kavallerie 750 auf 20 Tage im Mai, ferner zur Bildung von Sanitäts-Detachements 1000 auf 12 bis 13 Tage. Außerdem sind noch in der bisherigen Weise besondere Bestimmungen erlassen über die Einberufung der Reserve- und Landwehr-Offiziere. Von den Ersatz-Reservisten sind bei jedem Armee-Korps 40 zu einer ersten (zehnwöchigen) Uebung behufs Ausbildung im Krankenwartedienst einzuziehen. Für das Garde-Korps sind diese Mannschaften aus dem Bereich des III. Armeekorps zu überweisen. Nähere Verfügung über militärische Ausbildung, Einkleidung, Verpflegung 2c. bleibt vorbehalten.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin**, 2. März. In dem Prozeß Paasch und Genossen wurden am Freitag vor der 4. Berliner Strafkammer die Verhandlungen fortgesetzt. Dieselben werden am Dienstag bekanntlich vertagt werden, um festzustellen, wie weit Dr. Wesendonk die strafbaren Broschüren mit ihrem Inhalt durchzusehen hatte. Angeklagter Minde giebt zu, gewußt zu haben, daß der Paasch'sche „Offener Brief an den Reichskanzler“ in irgend einer Form beanstandet worden sei; gerade deshalb habe er es für gerathen erachtet, Dr. Wesendonk der Sicherheit wegen um Durchsicht der Broschüre zu bitten. — Letzterer giebt auf Befragen zu, vom Leipziger Gericht zum Zustands-Vormund für Paasch bestellt worden zu sein. Hätte er gewußt, daß gegen Paasch damals schon strafrechtlich vorgegangen wurde, so hätte er sich gehütet, das Kontrollamt

zu übernehmen. Er giebt sodann zu, daß Paasch auch für sein Blatt Anti-Korruption die „Erinnerungen aus dem Irrenhause Herzberge" geliefert habe. Staatsanwalt Drescher überreicht die Nr. 14 der „Anti-Korruption", in welcher Dr. Wesendonk zu einem Artikel Paaschs eine Redaktions-Note machte, aus welcher das Verhältniß des Angeklagten zu seinem Mitarbeiter Paasch sich klar ergebe. Es gehe daraus hervor, daß der Verlagsbuchhändler Spohr-Leipzig als Zeuge aussagt, er habe dem Angeklagten Minde gerathen, den „Offenen Brief" von Dr. Wesendonk durchsehen zu lassen und dieser habe die Aufgabe in dem Sinne übernommen, daß er alle Beleidigungen ausmerzen wollte, ohne an den Thatsachen etwas zu ändern, er habe aber jede Verantwortung abgelehnt. — Der Staatsanwalt wiederholt zur Schuldfrage im Wesentlichen seine früheren Ausführungen. — Die Angekl. Minde und Wesendonk baten in besonderen Schlußworten um ihre Freisprechung. Nach zweistündiger Berathung erkannte der Gerichtshof dahin, daß die Angeklagten Radelli, Hille, Niemann und Dr. Wesendonk der Beleidigung nicht schuldig und deshalb freigesprochen seien. Dagegen sei der Angeklagte Minde der Beleidigung in zwei Fällen und des Preßvergehens für schuldig befunden und deshalb zu zwei Monaten Gefängniß und 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Paasch selbst ist bekanntlich für geistesgestört erklärt worden und daher nicht zu bestrafen.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt,** 2. März. Die Platzfrage für die Berliner Gewerbeausstellung 1896 ist noch nicht entschieden; daher ist es falsch, so schreibt die Geschäftsstelle der Berliner Gewerbeausstellung, wenn, wahrscheinlich von spekulativer Seite, verbreitet wird, daß bezüglich des Terrains der ehemaligen Charlottenburger Hinderniß-Rennbahn ein Pachtvertrag abgeschlossen sei. Es sind verschiedene Privat-Offerten vorhanden, und der Arbeits-Ausschuß hat durch Vorverträge die betr. Besitzer auf längere Zeit gebunden. Eine endgiltige Entscheidung wird erst getroffen werden, nachdem das Votum des Gesammt-Vorstandes der Ausstellung herbeigeführt ist.

Baronin von Rahden in Berlin. Das Apollotheater war am Donnerstag bis auf den letzten Platz gefüllt; sollte doch an diesem Abend zum ersten Male die Baronin von Rhaden auftreten, jene Schulreiterin, die noch vor kurzem während ihres Aufenthalts in Paris durch eine pikante Revolvergeschichte in aller Welt von sich reden gemacht hatte. Die Baronin mochte wohl meinen, daß der Ruf, der ihr vorausgeeilt, mehr Anziehungskraft für die Berliner ausüben werde als eine noch so schön gerittene hohe und höchste Schule. Schade, daß trotz aller Bemühungen der rührigen Direktion aus der Theaterbühne nur eine unvollkommene und nicht ganz brauchbare Arena herzurichten ging; aber etwas mehr „hohe Schule" hätte wohl einer „Schulreiterin" keine Schande gemacht. In dieser Hinsicht möchten sich nicht wenige Zuschauer, obgleich es erst der 1. März war, etwas in den April geschickt fühlen. Indessen kam es dem großen Publikum nicht so sehr auf die Produktionen als auf die Person der Cirkusdame an, und da gab es keine Enttäuschung: die schlanke, biegsame Gestalt der Baronin mit dem hellblonden Haar nahm sich überraschend gut auf dem kräftigen Schecken aus, und sie verdiente den reichlichen Beifall, als sie, weit nach hinten zurückgebeugt, auf dem emporgerichteten Rosse allen Gesetzen der Schwerkraft zu trotzen schien. Als Konkurrentin im Sattel brauchen die heimischen Schulreiterinnen die Baronin Rhaden nicht zu fürchten, als Sensationsnummer wird sie aber doch das Apollo-Theater füllen.

Eine ergötzliche Scene spielte sich neulich Abend im Berliner Residenztheater ab. Der dritte Akt des neuesten Zugstückes dieser Bühne, „Der Maskenball" hatte kaum begonnen, als ein seltsames Paar den Kassenflur betrat und Billets begehrte. Eine als Venus gekleidete Dame in Begleitung eines, mit einer riesigen Keule bewaffneten, wohlbeleibten Herkules maskirt, schienen eben aus einer kleinen Provinzialstadt hierher gereist zu sein, um einen Berliner „Maskenball" zu besuchen, und ließen sich von der Affiche des Residenztheaters nach dem schmucken Theater in der Blumenstraße locken, wo man ihnen den Einlaß grausam verweigern mußte.

Die Blutthat in Groß-Lichterfelde hat Donnerstag Nachmittag ihre vollständige Aufklärung gefunden. Der Gärtner Helbig, der bis dahin hartnäckig geleugnet hatte, hat ein Geständniß abgelegt und auch das Messer, mit dem er die That vollbracht, der Polizei übergeben; es ist ein neues Gärtnermesser mit krummer Klinge. Die Angaben Helbigs decken sich mit dem Befunde der Behörde. Danach ist er der zuerst Angegriffene gewesen. Helbig erklärt: Beim Spiel hätten sich Reibereien, namentlich zwischen ihm, Helbig, und Kurtz entsponnen. Nachdem Kurtz und Dethloff das Lokal verlassen, sei er ihnen gefolgt. Nicht weit vom Lokale entfernt, habe er von Kurtz, der den Stock des Dethloff an sich genommen, einen Schlag über den Kopf erhalten, der eine auf seinem Kopfe wirklich vorhandene Wunde hervorgebracht habe. Auf den Schlag hin habe er mit seinem Messer Kurtz sofort in den Schenkel unmittelbar unter dem Unterleibe gestochen und sei dann entflohen. Dethloff sei ihm nachgeeilt und habe ihn von hinten gefaßt. In demselben Augenblicke aber habe er sich umgedreht und ihm mit demselben Messer den ganzen Schenkel aufgetrennt. Die Blutspuren, die Helbig an Rock und Weste trug, rühren von seiner eigenen Kopfwunde her, die ihm nach seiner Aussage Kurtz beigebracht hat. — Der traurige Vorgang hat übrigens die öffentliche Aufmerksamkeit noch auf einen anderen, bisher nicht besprochenen Punkt gelenkt. Gleich nachdem die an der Blutthat betheiligten Personen und noch andere Gäste des Schankwirths Kube das Lokal verlassen hatten, sind laute Hilferufe sowohl von dem Wirth, der mit einem Hausdiener vor der Thür stand, als auch von anderen Personen gehört worden. Auch die Militärwache der Schützenkaserne hat die Rufe vernommen. Trotzdem hat sich Niemand veranlaßt gefühlt, über die Ursache des Hilfegeschreis Erkundigungen einzuziehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätten die beiden Verwundeten durch ein rechtzeitiges ärztliches Eingreifen von dem Verblutungstode gerettet werden können. Für den Gastwirth Kube dürfte der Vorfall noch eine Bestrafung wegen Ueberschreitung der Polizeistunde zur Folge haben.

Ein lustiger Selbstmörder verursachte am Donnerstag Vormittag in der Königstraße Aufsehen. Gegen 10 Uhr wankte ein angetrunkener, etwa vierzigjähriger, gutgekleideter Mann laut singend die Straße entlang bis zur Kurfürstenbrücke, wo er, den Gesang plötzlich unterbrechend, mit den Worten: „So leb' denn wohl, du altes Haus" sich über das Geländer schwang und in die Fluthen der Spree stürzte. Die Temperatur des Wassers scheint den Lebensmüden auf andere Gedanken gebracht zu haben, denn er klammerte sich an dem ihm zugeworfenen Rettungsball an und wurde auch bald darauf durch Arbeiter ans Land gezogen. Kaum aber befand sich der soeben Gerettete in Sicherheit, als er mit den Worten: „Meine Herrschaften, die Vorstellung beginnt von Neuem", die ihn umgebende Menschenmenge durchbrach und wiederum in die Spree zu springen versuchte. Diesmal aber vermochte der Lebensmüde seinen Vorsatz nicht durchzuführen, kräftige Fäuste hielten ihn fest, als er sich eben wieder über das Geländer zu schwingen versuchte, und er wurde durch eine sonderbare, aber wirksame Massage seines Rückens von weiteren Selbstmordgedanken kurirt. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der Lebensmüde als ein gut situirter Handwerker, welcher in einem Restaurant der Königstraße stark gekneipt und, weil er sich gefürchtet, in berauschtem Zustande seiner Frau vor die Augen zu treten, den Selbstmordversuch ausgeführt hatte.

† **Antisemiten unter sich.** Zu der Prügelei des antisemitischen Reichstagsabg. Leuß werden jetzt noch nähere Einzelheiten mitgetheilt. Die Frau des Dr. Schnutz lebt seit 14 Tagen von ihrem Manne getrennt im Hannover benachbarten Herrenhausen. Als nun am genannten Tage, Abends zwischen 6 und 7 Uhr, Dr. Schnutz mit zwei Hannoverschen Bürgern in der Herrenhäuser Allee spazieren ging, begegnete er hier dem Reichstagsabg. Leuß, welcher mit der Frau Dr. Schnutz am Arm promenirte. Dies sehen und seinen „Freund" Leuß mit Hilfe seiner beiden Begleiter gründlich durchbläuen, war für Dr. Schnutz eins. Herr Leuß ist durch die „urgermanischen Fäuste" des Herrn Dr. Schnutz dermaßen zugerichtet worden, daß er in ein Haus in Herrenhausen flüchten und sich dort seine Wunden verbinden lassen mußte. Dr. Schnutz wollte nun seine Frau gewaltsam wieder mitsichnehmen; durch das Geschrei derselben wurden jedoch Schutzleute herbeigerufen. Diesen gegenüber erklärte Dr. Schnutz seine Frau für irrsinnig, und er verlangte, daß dieselbe zu ihm zurückkehre. Auf der Polizeiwache, wohin Beide geführt wurden, stellte sich indessen die völlige Geistesgesundheit der Frau Dr. Schnutz so unzweifelhaft heraus, daß sie sofort wieder entlassen wurde. Der Reichstagsabgeordnete für Schmalkalden-Eschwege hat gegen Dr. Schnutz den Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Ueberfalls und schwerer Körperverletzung gestellt.

Lokales.

Posen, 3. März.

p. **Ein gerichtlicher Lokaltermin** fand vorgestern Nachmittag in der Eichwaldstraße wegen der Heusigschen Schießaffäre statt.

p. **Fuhrunfall.** Vorgestern Nachmittag brach vor dem Ritterthor an einem mit Getreide beladenen Wagen die eine Achse. Das Getreide mußte umgeladen werden. Der Verkehr war dadurch auf eine halbe Stunde gesperrt.

* **Personalien.** Den Amtsrichtern v. Busch in Lissa und Isaacsohn in Jarotschin ist der Charakter als Amtsgerichtsrath verliehen.

Telegraphische Nachrichten.

Leipzig, 2. März. Die deutschen Militärvereine in den Vereinigten Staaten von Nordamerika beabsichtigen im nächsten Jahre zur 25. Wiederkehr des Tages der Schlacht von Sedan einen Massenausflug nach Deutschland zu unternehmen, um in einer noch zu bestimmenden Stadt den Tag festlich zu begehen. Die Leipziger Militärvereine laden die amerikanischen Vereine unter Zustimmung des Rathes der Stadt Leipzig ein, Leipzig als Feststadt zu wählen.

Wien, 2. März. [Abgeordnetenhaus.] Marchet, deutsch-liberal, interpellirte die Regierung über das Verhalten, welches sie gegenüber dem Ansinnen Frankreichs bezüglich der Gewährung von Weinzollbegünstigungen zu beobachten gedenke. — Blättermeldungen aus Prag zufolge ist gegen mehrere czechische Mittelschüler Untersuchung eingeleitet worden, weil dieselben verdächtigt sind, Zettel hochverrätherischen Inhalts verbreitet zu haben; zwei Schüler wurden verhaftet.

Wien, 2. März. Die „Polit. Corr." meldet aus Belgrad, in dortigen Hofkreisen verlaute, der Vater des Königs beabsichtige, im Laufe des Monats März nach Paris zurückzukehren.

Rom, 2. März. Nachdem in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer die Interpellanten ihre Repliken fortgesetzt und beendigt hatten, sprachen zahlreiche andere Deputirte, welche in die Liste derjenigen Redner eingetragen waren, die zu den von Crispi abgegebenen Erklärungen der Regierung sprechen wollten.

Rom, 2. März. Der Papst empfing heute Mittag anläßlich der Feier seines Geburtsfestes und seiner Krönung das Heilige Kollegium und erwiderte auf die vom Kardinal Monaco La Valletta zum Ausdruck gebrachten Wünsche: „Am Abend unseres Lebens stehend, werden wir uns gleichwohl bis zum letzten Tage der Aufgabe widmen, den wohlthätigen Einfluß der Kirche allgemein zum Bewußtsein zu bringen. Das Bedürfniß danach ist ein um so größeres, als die Begriffe von Rechtschaffenheit und Gerechtigkeit, Autorität und Freiheit und sozialen Rechten und Pflichten auf den Kopf gestellt worden sind. Die Kirche ist daher bestrebt, bei den Nationen die Grundsätze des Glaubens und der Moral zurückzurufen, die wahren Ursachen der bestehenden Uebel zu zeigen, die freimaurerischen Pläne aufzudecken, die nützlichen Einrichtungen mit der Wahrheit und Gerechtigkeit in Einklang zu bringen, im christlichen Familienleben aller Gesellschaftsklassen den Sinn für Billigkeit und Nächstenliebe, unter den herrschenden Klassen den Sinn für Lauterkeit, unter den Völkern den Sinn für Unterthänigkeit und bei allen das Verlangen nach dem von Gott kommenden Frieden zu erwecken. Ebenso stellt sich die Kirche zur Aufgabe, die Studien durch die Regeln der christlichen Weisheit zu läutern, wie dies in der jüngsten Encyclica über die Auslegung der Heiligen Schriften geschehen ist. Wir flehen, daß die durch das Wirken der Kirche ausgestreute Saat eine reichliche Ernte geben möge und ertheilen auch als Unterpfand hierfür unseren Segen." Der Papst, welcher sich des besten Wohlseins erfreut, trug diese Rede ohne Zeichen von Ermüdung vor.

Turin, 2. März. Eine in der hiesigen Waffenfabrik ausgebrochene Feuersbrunst zerstörte zwei Magazine und ein Laboratorium. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Entstehungsursache, sowie die Höhe der Schadensumme ist noch nicht festgestellt.

Petersburg, 2. März. Sämmtliche Gouvernements und Gebiete des Reiches, mit Ausnahme der Gouvernements Wolhynien, Kowno, Plotzk und Tschernigow, werden für frei von asiatischer Cholera erklärt.

London, 2. März. Labouchère richtete an den offiziellen Sekretär der liberalen Partei, Majoribank, ein Schreiben, in welchem derselbe hervorhebt, die Liberalen sowie die Radikalen seien entschieden gegen die Ernennung eines Peers zum Premierminister, das Haus der Gemeinen büße an Würde durch eine Abwesenheit des Premierministers ein, den Volksvertretern fehle die Kontrolle über die Exekutive, falls der Regierungschef nicht unter ihnen sei. Labouchere klagt ferner darüber, daß die Partei betreffs der Wahl eines Parteileiters nicht befragt worden sei und empfiehlt schließlich Harcourt für die Premierschaft.

London, 2. März. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Calcutta von heute: Es verlautet, daß der feindliche Aborstamm, gegen welchen jüngst eine Expedition nach der Nordostgrenze gesandt worden sei, in Bordax den zurückgelassenen Posten von 15 Sipoys und eine gleiche Anzahl der im Lager zurückgelassenen Angehörigen niedergemacht habe.

London, 2. März. Gestern Abend fand in dem Metropole-Hotel das Jahres-Festessen der Deutschen Wohlthätigkeits-Gesellschaft statt, an welchem die Spitzen der deutschen Kolonie, der Botschafts-Sekretär Graf Wolff-Metternich, der deutsche und der österreichische Generalkonsul Theil nahmen. Nach den Trinksprüchen auf das englische Herrscherhaus brachte der Vorsitzende einen Toast auf den Kaiser Wilhelm aus, welcher unter den Klängen der „Wacht am Rhein" enthusiastisch aufgenommen wurde. Baron Deichmann brachte einen Trinkspruch auf den Kaiser von Oesterreich aus, welchem die österreichische Hymne folgte. Die Sammlungen zu Gunsten der Gesellschaft betrugen in diesem Jahre 1522 Pfd. Sterl. Der Kaiser Wilhelm und der Kaiser von Oesterreich spendeten je 50 Pfd.

München, 3. März. In einem Gebüsch bei dem Orte Weidach wurde ein Gendarm erschossen aufgefunden. Spuren eines Kampfes und Verletzungen im Gesicht und Hals lassen darauf schließen, daß er mit seinem eignen Dienstgewehr von den Mördern getödtet worden.

Stuttgart, 3. März. Die Wittwe des Dichters der „Wacht am Rhein", Schneckendorf, ist in Thalheim im Alter von 75 Jahren gestorben.

Rom, 3. März. Der Urheber des Bombenattentats im Theatro Nuovo in Pisa wurde zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Es wurde festgestellt, daß die an verschiedenen Punkten in und um Siena gefundenen kleineren und größeren Mengen Dynamit aus dem Besitze von Bergleuten herrühren, die in der Befürchtung von Haussuchungen dieselben verstecken.

Paris, 3. März. Aus Montevideo wird gemeldet: Angesichts des negativen Resultats der Präsidentenwahlen hat der bisherige Senatspräsident Duncan Stewart provisorisch die Präsidentschaft angenommen. Die Kammern treten heute Abend behufs Wiederholung des Wahlganges zusammen.

London, 3. März. Einer Meldung des Büreau „Reuter" zufolge soll die Königin die Entlassung Gladstones angenommen haben, und Gladstone der Königin Lord Rosebery empfohlen haben. Letzterer hatte von der Königin Befehl erhalten, sich morgen nach Schloß Windsor zu begeben. Rosebery sei bereit, den Posten des Premierministers anzunehmen. Man glaubt, daß nur zwei Veränderungen im Kabinet eintreten werden.

London, 3. März. Aus Montevideo wird gemeldet: Dr. José Ellauri ist mit 54 Stimmen Majorität zum Präsidenten gewählt worden.

Belgrad, 3. März. Der „Odjec" ist wegen eines Artikels gegen den Exkönig Milan konfiszirt worden.

Sofia, 3. März. Die „Agence Balcanique" bezeichnet die Meldung mehrerer Blätter über eine im April beabsichtigte Reise des Prinzen Ferdinand und Gemahlin nach Abbazzia als unrichtig. In hiesigen kompetenten Kreisen ist von einem solchen Reiseprojekt nichts bekannt.

Marktberichte.

** **Leipzig,** 2. März. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per März 3,35 M., per April 3,37½ M., per Mai 3,40 M., p. Juni 3,45 M., p. Juli 3,47½ M., p. August 3,50 M., p. Sept. 3,52½ M., pr. Okt. 3,55 M., p. Nov. 3,57½ M., per Dezember 3,57½ Mark, per Januar —, Mark. — Umsatz: 40 000 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
2. Nachm. 2	758,8	SW mäßig	halb heiter	+ 7,2
2. Abends 9	759,9	SW mäßig	bedeckt 1)	+ 5,0
3. Morgs. 7	761,4	SW leicht	zieml. heiter 2)	+ 0,6

1) Abends schwacher Regen. 2) Reif; Nebel.

Niederschlagshöhe in mm am 3. März Morgens 7 Uhr: 0,4.

Am 2. März Wärme-Maximum + 8,2° Cels.

Am 2. = Wärme-Minimum + 4,9° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 2. März Morgens 1,50 Meter

= = 2. = Mittags 1,54 =

= = 3 = Morgens 1,68 =

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin,** 2. März. [Zur Börse.] Die im allgemeinen feste Grundtendenz der Börse wird immer wieder durch die Schwankungen der italienischen Werthe beeinträchtigt. Nachdem bei Beginn zu etwas abgeschwächten Kursen umfangreiche Realisationen der Tagesspekulation stattgefunden hatten, gewann der Verkehr sehr bald wieder seinen zuversichtlichen Ton zurück, da vielfache Käufe des Privatpublikums sich bemerkbar machten und auch die Kontremine, die in den letzten Tagen wieder thätig gewesen ist, angesichts des geringen Erfolges ihrer Bemühungen die Neigung zeigte, ihre Positionen zu decken. Namentlich trat auf dem Bahnen- und Montanmarkt nach anfänglichem Rückschlag eine kräftige Erholung ein. Nachdem indessen im weiteren Verlaufe Italiener auf ausländische Verkäufe und lokale Positionslösungen einen stärkeren Rückgang erlitten, gewann die Kontremine wieder Muth, auch auf den anderen Gebieten einen Vorstoß zu machen. Bei den spekulativen Bankwerthen wurde auch vorübergehend ein mäßiger Kursdruck durchgesetzt, gegen Schluß gewann aber, obgleich der Geldmarkt einen Schatten steifer war, die feste Tendenz wieder die Oberhand. (N. Z.)

Breslau, 2. März. (Schlußkurse.) Ruhig.

Neue 3proz. Reichsanleihe 87,15 3½ proz. L.-Pfandbr. 99,10, Konsol. Türken 24 15, Türk. Loose 99,50, 4proz. ung. Goldrente 96,55, Bresl. Diskontobank 99,00. Breslauer Wechslerbank 98,00, Kreditaktien 227 50, Schles. Bankverein 112 75, Donnersmarckhütte 101,50, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 138 25 Oberschles. Eisenbahn 72,35, Oberschles. Portland-Zement 97,50, Schles. Zement 153,00, Oppeln. Zement 114,25, Kramsta 130,00, Schles. Zinkaktien —,—, Laurahütte 126,00, Verein. Oelfabr. 85,00. Oesterreich. Banknoten 163,85, Russ. Banknoten 220,40, Giesel. Cement 96,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 92,20, Breslauer elektrische Straßenbahn 125,35

Paris, 2. März. (Schlußkurse.) Fest.

3proz. amortis. Rente 99,55, 3proz. Rente 99,60, Italien. 5proz. Rente 73,20, 4proz. ungar. Goldrente 96,50, III. Orient-Anleihe 69,65, 4proz. Russen 1889 100,10, 4prozent. unif. Egypter —,—, 4proz. span. ä. Anleihe 63¾, konv. Türken 24,50, Türken-Loose 112,10, 4prozent. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 484,20, Franzosen 668,75, Lombarden 243,75, Banque Ottomane 61[illegible],00.

Banque de Paris 625,00, **Banq. d'Escomte** —,—, **Rio Tinto=A.** 368 10 **Suezkanal=A.** 2770,00, **Cred. Lyonn.** 777,00, **B. de France** —,—, **Tab. Ottom** 448,00, **Wechsel a. dt. Pl.** 122⅝, **Londoner Wechsel k.** 25,16, **Chéq. a. London** 25,17½, **Wechsel Amsterdam k.** 206,37, **do. Wien kl.** 199 25, **do. Madrid k.** 404,50 **Meridional=A.** 515,00, **Wechs. a. Italien** 13⅝, **Robinson=A.** 130,00 **Portugiesen** 20,75, **Portug. Tabaks=Obligat.** 360 00, 3proz. Russen 85 50, **Privatdiskont** $2^{1}/_{16}$.

London, 2. März. (Schlußkurse.) Fest.

Engl. 2¾proz. Consols 99⅝ ex, Preußische 4proz. Consols —, Italien. 5proz. Rente 72⅝, Lombarden 9⅝, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 101, konv. Türken 24¼, österr. Silberr. 78¼, österr. Goldrente 98½, 4proz. ungar. Goldrente 95½, 4prozent. Spanier 64⅛, 3½proz. Egypter 101½, 4proz. unific. Egypter 105, 4¼ proz. Tribut=Anl. 105½, 6proz. Mexikaner 58½, Ottomanbank 14⅝, Canada Pacific 68⅞, De Beers neue 15, Rio Tinto 14½, 4proz. Rupees 58⅝, 6proz. fund. arg. A. 69, 5proz. arg. Goldanleihe 64¼, 4½proz. äuß. do. 40, 3proz. Reichsanleihe —, **Griech.** 81er Anleihe 29½, do. 87er Monopol=Anl. 33, 4proz. Griechen 1889er 24, Bras. 89er Anl. 58¼, Platzdiskont 1¼, Silber 27¼.

Frankfurt a. M., 2. März. (Effekten=Sozietät.) [Schluß]. Oesterreich. Kreditaktien 300 00, Franzosen —,—, Lombarden 90½, Ungar. Goldrente 96,70, Gotthardbahn 156,70, Diskonto=Kommandit 189,80, Dresdner Bank 137,80, Berliner Handelsgesellschaft 132,70, Bochumer Gußstahl 135,30, Dortmunder Union St.=Pr 63 80, Gelsenkirchen 147,60, Harpener Bergwerk 137,50, Hibernia 119,00, Laurahütte 126,50, 3proz. Portugiesen 21,50, Italienische Mittelmeerbahn 77,60, Schweizer Centralbahn 118,70, Schweizer Nordostbahn 109,70, Schweizer Union 76,90, Italienische Meridionaux 104,40, Schweizer Simplonbahn 60,50, Nordd. Lloyd —,—, Mexikaner 57,80 Italiener 73,30. Ruhig.

Hamburg, 2. März. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 300,00, Lombarden 219,50, Diskonto-Kommandit 190,00, Russische Noten 220,25, Nordd. Bank —,—, Italiener 73,50, Deutsche Bank —,—, Laurahütte —,—, Berliner Handelsgesellschaft —,—, Dresdner Bank 137,50. Fest.

Petersburg, 2. März. Wechsel auf London 93,65, Wechsel a. Berlin 45,80, Wechsel auf Amsterdam 77,45, Wechsel auf Paris 37,15, Russ. II. Orientanleihe 102¼, do. III. Orientanleihe 102⅝, do. Bank für auswärt. Handel 375½, Petersburger Diskonto=Bank 487, Warschauer Diskonto=Bank —, Petersb. internat. Bank 529, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 153½, Gr. Russ. Eisenbahnen 281, Russ. Südwestbahn=Aktien 112½. Privatdiskont 5.

Rio de Janeiro, 1. März. Wechsel auf London 9⅝.

Buenos=Ayres, 1. März. Goldagio 258,00.

Bremen, 2. März. (Börsen=Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Still. Loko 4,85 Br.

Baumwolle. Anziehend. Upland middl. loko 39 Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 39½ Pfg., Armour sheild 39 Pf., Cudahy 40 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 34 Pf.

Speck. Ruhig. Short clear middling loco 35½.

Wolle. Umsatz: 230 Ballen.

Hamburg, 2. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Febr. 12,72½, per März 12,75, per Mai 12,95, per Sept. 12,35. Stetig.

Hamburg, 2 März. Kaffee. (Schlußbericht). Good average per März 81¾, per Mai 80, per Septbr. 76½, per Dezbr. 72½. Schleppend.

Paris, 2. März. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 35,25. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 37,62½, per April 37,62½, per Mai=August 37,87½, p. Oktob.=Januar —.

Paris, 2 März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, p. März 20,30, per April 20,50, per Mai=Juni 20,70, per Mai=August 21,00. — Roggen ruhig, per März 14,60, per Mai=August 14,60. — Mehl behauptet, p. März 42,70, per April 43,10, p. Mai=Juni 43,90, per Mai=August 44,30. — Rüböl ruhig, per März 59,25, per April 59,25, per Mai=August 54,75, per Septbr.=Dezember 52 25. — Spiritus behauptet, per März 36,75, per April 36,75, p. Mai=August 37,25, per Septbr.=Dezbr. 37,25. — Wetter: Regnerisch.

Havre, 2. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hausse.

Havre, 2. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 101,00, per Mai 99,00, p. Sept. 94,50. Ruhig.

Antwerpen, 2. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per April 12¼ Br., per Mai 12¼ Br., per Sept.=Dez. 12½ Br. Fest.

Antwerpen, 2. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Amsterdam, 2. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine per März 142, per Mai 144. — Roggen loko per März 103, per Mai 104, per Juli 105, per Oktob. 109. — Rüböl loko 23½, per Mai 22⅛, per Herbst 22⅛.

Amsterdam, 2. März. Bancazinn 43.

Amsterdam, 2 März. Java=Kaffee good ordinary 52.

London, 2 März. Chili=Kupfer 40¾, p. 3 Monat $41^{3}/_{16}$.

London, 2. März. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. Wetter: Schön.

Glasgow, 2. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 11 d.

Glasgow, 2. März. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 316 684 Tons gegen 351 080 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 65 gegen 66 im vorigen Jahre.

Liverpool, 2. März. [Getreidemarkt.] Weizen ½ d. höher, Mehl fest, Mais ½ d. niedriger. — Wetter: Schön.

Liverpool, 2. März., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: März=April $4^{8}/_{32}$ Käuferpreis, April=Mai $4^{7}/_{64}$ do., Mai=Juni $4^{9}/_{64}$ do., Juni=Juli $4^{11}/_{64}$ Werth, Juli=August $4^{3}/_{16}$ Käuferpreis, August=Sept. $4^{7}/_{32}$ Verkäuferpreis, September=Oktober $4^{7}/_{32}$ Käuferpreis, Oktober=November $4^{15}/_{64}$ d. Werth.

Liverpool, 2. März. (Baumwollen=Wochenbericht.) Wochen=Umsatz 70 000 Ballen, do. von amerikanisch. 63 000 B., do. für Spekulation 2000 Ballen, do. für Export 2 000 B., do. für wirkl. Konsum 59 000 B., desgl. unmittelbar ex. Schiff 61 000, wirkl. Export 8 000 Ballen, Import der Woche 107 000 B., davon amerikanische 88 000 B., Vorrath 1 750 000 Ballen, davon amerikanische 1 481 000 Ballen, schwimmend nach Großbritannien 202 000 Ballen, davon amerikanische 190 000 Ballen.

Petersburg, 2. März. Produktenmarkt. Talg loko 58,00, per August —,—, Weizen loko 10,00, Roggen loko 6,35, Hafer loko 4,10, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 14,50. — Wetter: Veränderlich.

Newyork, 1. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7⅝, do. in New=Orleans $7^{5}/_{16}$. Petroleum träge, do in New=York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per April 80⅛. Schmalz Western steam 7,65, do. Rohe u. Brothers 7,85, Mais p. März 42¼, do. p. April 42½, do per Mai 42½. Rother Winterweizen 63⅛, do. Weizen per März 61¾, do. Weizen per Mai 64, do. Weizen p. Juli 66¾, do. Weizen p. Dez. 71⅝. — Getreidefracht nach Liverpool 2½. — Kaffee fair Rio Nr. 7 17⅛, do. Rio Nr. 7 p. April 15,52, do. Rio Nr. 7 p. Juni 15,057. Mehl, Spring clears 2,15. — Zucker $2^{13}/_{16}$. — Kupfer loko 9,75.

Chicago, 1. März. Weizen März 58¼, per Mai 60¼. — Mais März 34⅝. — Speck short clear nom., Pork per März 11,17.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 3. März. Wetter: Schön.

Hamburg, 2. März. Salpeter loko 8,82½, April 8,65. Still.

Newyork, 2. März. Weizen per März 61⅞ C., per Mai 64 C.

Berliner Produktenmarkt vom 2. März.

Wind: W., früh + 4 Gr. Reaum., 760 Mm. — Wetter: Regnerisch.

In der Tendenz für Roggen hat sich seit gestern am hiesigen Markt ein ganz entschiedener Umschwung vollzogen; schon an gestriger Nachbörse zeigte sich für den Artikel mehr Beachtung, die auf spekulative Käufe einer hervorragenden Firma zurückzuführen war, und heut sind diese Käufe namentlich zum Schluß mit ziemlicher Energie fortgesetzt worden, so daß die letzten Notirungen ¾ M. höher sind als gestern. Weizen blieb dem gegenüber viel ruhiger; trotz der neuerdings besseren amerikanischen Berichte war die Kauflust nicht von Belang, und die notirte Besserung der Preise um ca. ½ M. ist mehr im Anschluß an Roggen.

Hafer eröffnete in Folge einiger Deckungen auf vordere Termine für diese fester, entfernte dagegen waren mehr angeboten, und das hat später auch auf die Tendenz für erstere ungünstig zurückgewirkt.

Roggenmehl hat sich behauptet. Gek. 900 Sack.

Rüböl war nach mattem Beginn im Verlauf etwas fester, und auch Spiritus weist gegen gestern eine mäßige Besserung auf. Gek. 10 000 Liter Spiritus.

Weizen loco 134—145 Mark nach Qualität gefordert, Mai 143,25—143,50 M. bez., Juni 144—144,50 M. bez., Juli 145—145,50 M. bez., Sept. 147—147,50 M. bez.

Roggen loco 119—124 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 120,50—121 M. ab Bahn bez., Mai 125,50—125,25 bis 125,50 M. bez., Juni 126—125,75—126,25 M. bez., Juli 126,75 bis 126,50—126,75 M. bez.

Mais loko 107—119 M. nach Qualität gefordert, März 106 M. nom., Mai 104,75 M. bez., Juni 105 M. nom., Juli 105 M. nom., Aug. 105,50 M. bez., Sept. 106 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 134—177 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost= und westpreußischer 140—157 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 140—158 M., do. schlesischer 140—158 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 160—172 M. ab Bahn bez., April 134,50—134 M. bez., Mai 133,25—132,75 M. bez., Juni und Juli 132,50—132 bis 132,25 M. bez.

Erbsen Kochwaare 160—190 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 140—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria=Erbsen 210—225 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,25—17,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,25—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 15,75 bis 15 M. bez., März 15,50—15,55 M. bez., Mai 15,85 M. bez., Juni 15,95 M. bez.

Petroleum loko 18,60 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 43,7 M. bez., April=Mai 44—44,3 M. bez., Mai 44,3—44,6 M. bez., Oktober 44,8—45 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 50,9 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 31,2 M. bez., März 35,6 M. bez., April 36—35,9—36,1 M. bez., Mai 36,3—36,2—36,4 M. bez., Juni 36,7—36,6—36,8 M. bez., Juli 37,1—37—37,2 M. bez., August 37,4—37,3—37,5 M. bez., Septbr. 37,7—37,6—37,8 M. bez.

Kartoffelmehl März 15,00 M. Br.

Kartoffelstärke, trockene, März 15,00 M. Br.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Roggenmehl auf 15,55 M. per 1000 Kilo, für Spiritus 70er auf 35,50 M. p. 10 000 Liter Proz. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 2. März.

Amsterdam..	5	8 T.	169,45 B.
London	3	8 T.	20,44⁵ bz
Paris	2½	8 T.	81,30 B.
Wien	5	8 T.	163,80 bz
Petersburg..	5½	3 W.	217,40 bzG.
Warschau	5	8 T.	218,10 bz

in Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1⅞ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	
20 Francs-Stück	20,42 bz
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	$20,44^{5}$ G.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,50 bz
Oestr. Noten 100 fl.	163,85 bz
Russ. Noten 100 R.	220,70 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	108,00 G.
do. do.	3½	101,70 G.
do. do.	3	87,30 G.
Prss.cons.Anl.	4	107,75 G.
do. do.	3½	101,75 G.
do. do.	3	87,30 G.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,50 B.
Sts.-Schld-Sch	3½	100,00 G.
Berl.Stadt-Obl	3½	99,00 bz
do. do. neue	3½	99,20 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine	3½	97,50 bzG.
Pfandbriefe: Berliner	5	115,50 bz
do.	4½	108,00 bz
do.	4	105,25 G.
do.	3½	99,80 G.
Ctrl.Ldsch	4	103,10 G.
do. do.	3½	98,75 bzG.
Kur.uNeu-mrk. neue	3½	99,25 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,20 bz
Pommer	3½	98,70 G.
do.	4	102,70 G.
Posensch.	4	102,90 bz
do.	3½	98,50 B.
Schls. altl.	3½	98,90 G.
do. do.	4	
ldschl Lt.A	3½	98,90 G.
do.	4	
do.neu do.	3½	98,90 G.
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	97,50 G.
do.neu I.II.	3½	97,50 G.
Renten: Pommer	4	103,80 bz
Posensch.	4	103,70 bz
Preuss.	4	103,70 bz
Schles.	4	103,50 G.
Bad.Eisenb.-A.	4	105,30 G.
Bayer. Anleihe	4	107,40 bzG.
Brem.A.1892	3½	98,00 bzG.
Hmb.Sts.Rent.	3½	99,25 G.
do. do. 1886	3	87,25 bzG.
do.amort.Anl.	3½	98,30 bzG.
Sächs. Sts.Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	86,90 G.
Prss.Präm-Anl	3½	120,60 G.
H.Pr.-Sch.40T	—	388,00 B.
Bd. Präm.-Anl.	4	136,10 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	142,50 bz

Brnsch.20T.L.	—	102,50 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	131,90 G.
Dess. Präm.-A.	3½	139,00 bz
Ham. 50T.-L.	3	129,75 B.
Lüb. 50T.-L.	3½	127,00 G.
Mein. 7Guld-L.	—	26,00 G.
Oldenb. Loose	3	125,75 G.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	45,80 bz
do. 1888	4½	41,00 bz
Bukar.Stadt-A.	5	95,50 bzG.
Buen. Air. Obl.	5	32,30 bzG.
Chines. Anl.	5½	104,40 bzB.
Dän.Sts.-A.86.	3½	97,40 G.
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	57,60 G.
Griech. Gold-A	5	29,75 bzG.
do. cons. Gold	4	23,60 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	27 50 bzG.
Italien. Rente	5	74,10 bz
Kopenh. St.-A.	3½	94,50 B.
Lissab.St.A.I.II	4	52,00 bzG.
Mexikan. Anl.	6	59,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	69,10 bzG.
Norw.Hyp-Obl	3½	
do. Conv.A.88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	98,30 bzG.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	94,75 bzG.
do. do.	4⅕	94,75 bzG.
do. Silb.-Rent.	4⅕	94,60 bzG.
do. 250 Fl. 54.	4	146,75 bz
do.Kr100(58)	—	325,00 bzG.
do. 1860er L.	5	147,25 bz
do. 1864er L.	—	330,00 B.
Poln.Pf-Br. I-V	5	
do. do.	4½	67,30 bz
do. Liq.-Pf.-Br	4	
Port.A 88—89	—	29,70 bzG.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	103,10 bz
Röm. Stadt-A.	4	80,00 bzG.
do. II. III. VI.	4	70,25 bzG.
Rum. Staats-A.	4	83,25 bzB.
do. Rente 90	4	84,25 bzG.
do. do. fund.	5	102,30 bz
do. do. amort.	5	96,20 bzG.
Rss.Eng.A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	180,80 bzG.
Russ. Goldrent	6	
do.1884 stpfl.	6	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,20 bz
III.Orient 1879	5	69,00 bz
Nikolai-Obl.	4	100,70 bzG.
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864	5	165,75 G.
do. 1866	5	155,20 G.
Bodkr.-Pfdbr.	5	109,50 bz
do. neue	4½	104,40 bzB.
Schwedische	3½	92,80 bzG.
Schw. d. 1890	3½	96,80 G.
do. 1883	4	

Schw. Hyp.-Pf.	4½	101,50 bzG.
Serb.Gld-Pfdb.	5	73,25 bzG.
do. Rente	5	64,80 bz
do. neue 85	5	64,75 B.
Stockh.Pf. 85	4½	102,90 bz
do. St.-Anl.86	4	100,20 bzG.
Span. Schuld.	4	63,75 B.
Türk A.1865 in Pfd.Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	25,35 G.
do.Consol.90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk.400Frc.-L	—	125,00 bz
do.EgTrib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	96,75 bzG.
do. Gld.-Inv.-A.	4½	102,10 G.
do. do. do.		
do.Papier-Rnt.		
do. Loose	—	255,75 bz
do.Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,60 bzG.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	62,10 bzG.
Altenbg.-Zeitz	—	
Crefelder	1¼	72,00 bzG.
Crefld-Uerdng	—	89,75 G.
Dortm.-Ensch.	—	122,75 bzG.
Eutin. Lübeck	—	46,25 bz
Frnkf.-Güterb.	—	69,10 bzG.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	226 75 bz
Lübeck-Büch.	—	146,50 bz
Mainz-Ludwsh	—	117,90 bz
Marnb.-Mlawk.	—	89,60 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,50 bzG.
Ostpr. Südb.	—	94,00 bzG.
Saalbahn	—	27,50 bzG.
Stargrd-Posen	4½	101,75 bz
Weimar-Gera	—	16,00 bzG.
Werrabahn	—	57,60 bzG.
Albrechtsbahn	2	
Aussig-Teplitz	—	304,00 B.
Böhm. Nordb.	—	155,25 G.
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	222,50 bz
Canada Pacifb.	5	66,20 bzG.
Dux-Bodenb	—	109,50 G.
Galiz. Karl-L.	5	
Graz-Köflsch.	—	
Kaschau-Od	4	90,25 G.
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz	7	133,25 G.
Oester Staatsb	—	
do. Lokalb.	—	102,60 bz
do. Nordw.	4½	
do.Lit.B.Elb.	—	122,10 G.
Raab-Oedenb.	—	31,00 bzG.
Reichenb.-P	—	
Südöstr.(Lb.)	—	48,50 G.
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt.Eisenb.	3	67,60 bzB.
Donetzbahn	5	117,90 bz
Ivang. Domb.	5	109,90 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest	—	72,70 bz
Russ. Staatsb.	6,56	150,80 bzG.
do. Südwest.	5,45	75,80 bz

Wrsch.-Teres.	5	112,00 bzG.
Wrsch.-Wien.	—	236,50 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	—	101,50 bz
Gotthardbahn	—	161,00 bz
Ital. Mittelm.	5	78,50 bz
Ital.Merid.-Bah	7⅕	105,20 bz
Lüttich-Lmb.	—	35,00 bzG.
Lux. Pr. Henri	—	67,60 G.
Schweiz.Centr	—	122,70 B.
do. Nordost	—	113,50 bz
do. Unionb.	—	81,30 bz
do. Westb.		
Westsicilian	3⅗	47,00 bzG.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm.Colberg	4⅘	112,20 B.
Bresl.-Warsch	—	66,00 bzG.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,30 G.
Dux-BodnbAB	—	109,50 G.
Paul.-Neu-Rup	5½	113,50 G.
Prignitz	4½	107,90 bz
Szatmar-Nag.	—	89,00 B.
Dortm.-Gron.	4½	121,75 bzG.
Marienb Mlawk	—	117,50 bzG.
Mecklb. Südb.	—	56,00 G.
Ostpr. Südb.	—	113,90 bzG.
Saalbahn	—	98,90 bzG.
Weimar-Gera	—	89,30 bzG.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn	5	104,25 G.
Gr Berl.Pferde Eisenbahn	4	102,40 bz
Oberschl.	3½	99,60 G.
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	101,30 G.
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	102,40 G.
Dux-Bodenb. I.	5	103,25 G.
Dux-Prag G-Pr	4	
do. 1891	4	101,25 bz
Franz.-Josefb.	4	94,10 G.
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	93,20 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	99,50 bz
KronpRudolfb.	4	93,70 G.
do.Salzkammg	4	101,80 bzB.
LmbCzern.stfr	4	92,70 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt.g.	3	86,10 bz
do. Staats-I.II.	5	109,20 bzB.
do. Gold-Prio.	4	101,90 G.
do. Lokalbahn	4	100,60 G.
do.Nordwestb.	5	105,10 G.
do. NdwB.G-Pr	5	109,00 bz
do. Lt. B.Elbth.	5	103,40 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	70,50 B.
Raab Gld-Prior		
Südöst-B.(Lb.)	3	61,40 bz
do. Obligation.	5	103,50 B.
do.Gold-Prior.	4	98,40 bzB.

Baltische gar.	5	101,60 G.
Brest-Grajewo	5	101,40 bzG.
Gr. Russ. Eis. gar	3	83,50 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	
Kozlow-Wor. g.	4	96,90 bzG.
do. 1889	4	97,20 G.
do. Chark.As.(O)	4	96,90 bz
do.(Oblig.)1889	4	96,80 bz
Kursk-Kiew conv	4	97,50 bzG.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	91,75 G.
do. Rjäsan gar.	4	93,70 G.
do. Smolensk g.	5	103,20 bz
Orel-Griasy conv	4	96,90 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	97,30 bzG.
Rjaschk-Morcz.g	5	103,10 bz
Rybinsk-Bolog.	5	97,25 bzG.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	99,40 B.
Transkaukas.g.	3	84,10 G.
Warsch.-Ter. g.	5	104,75 bz
Warsch.-Wienn.	4	101,00 bz
Wladikawk. O.g.	4	99,10 B.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	90,70 bz
Gotthardbahnov.	4	103,00 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	47,25 G.
Süd-Ital. Bahn	3	50,70 B.
Serb. Hyp.-Obl.	5	70,00 bzG.
do. Lit. B.	5	60,00 bzG.
Central-Pacific	6	102,10 G.
Illinois-Eisenb.	4	97,60 G.
Manitoba	4½	97,40 G.
Northern Pacific	6	108,60 G.
San Louis-Franc.	6	87,25 bz
Southern Pacific	6	104,90 B.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,50 B.
do. do. II.	3½	108,70 bzB.
do. do. III. abg.	3½	99,10 G.
do. do. IV. abg.	3½	99,10 G.
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp.B.Pf.IV.-V.VI.	5	110,75 G.
do. do.	4	102,50 bzG.
do. do.	3½	95,80 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 G.
do. do.(unkündbar bis 1./1.1900)	4	102,75 bz
do. do (rz 100)	3½	95,50 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	101,10 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,75 G.
pomm. Hypoth.-Akt. B-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P.B.-Cr.unkb(rz110)	5	113,25 G.
Pf.Sr. III.V.VI(rz100)	5	107,25 bzG.
do. do. (rz.115)	4½	115,50 G.
do. do. X (rz.110)	4½	111,75 G.
do. do. (rz.100)	4	101,20 B.
Pr. Cent.-P (rz.100)	4	
do. do. (rz.100)	3½	96,60 bzG.
do.do. künb. 1900	4	103,50 bzG.
Pr.Centr.-Pf Com-O	3½	96,30 bzG.

Pr.Hyp.-B. I.(rz.120)	4½	
do. do. VI. (rz.110)	5	
do. div. Ser.(rz.100)	4	101,20 bzG.
do. do. (rz.100)	3½	96,20 bz
Prs.Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,70 B.
do. do. do.	3½	96,25 bz
Schles.B.Cr.(rz.100)	5	
do. do.(rz.100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do.(rz.110)	4½	105,75 G.
do. do.(rz.110)	4	
do. do.(rz.100)	4	101,30 bzG.

Bankpapiere.

B.f.Sprit-Prod. H	4½	70,00 bzG.
Berl. Cassenver.	5½	130,00 G.
do. Handelsges.	5	136,60 bzG.
do. Maklerver.	7½	116,10 G.
do. Prod-Hdbk.	—	97,00 G.
Börsen-Hdlsver.	8	130,10 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	98,50 bzG.
do. Wechslerbk.	5	98,20 B.
Danz.Privatbank	7⅛	
Darmstädter Bk.	—	
do. do. Zettel	4½	
Deutsche Bank	8	171,10 bz
do. Genossensch	6	112,00 bzG.
do.Hp.Bk.60pCt	6	119,50 bzG.
Disc.-Command.	6	193,60 bz
Dresdener Bank	5½	142,00 bz
Gothaer Grund-creditbank	—	91,00 bzB.
Internat. Bank		
Königsb. Ver.-Bk	4½	100,10 G.
Leipziger Credit	8	174,10 bzG.
Magdeb. Priv.-Bk	6	111,50 bzG.
Maklerbank	6½	108,10 G.
Mecklenb. Hyp.u. Wechs.	8	135,90 bz
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.	6	111,00 bzG.
Mitteld.Crdt.-Bk.	4½	98,90 bzG.
Nationalbk. f. D.	4½	107,10 bz
Nordd. Grd.-Crd.	3	96,75 G.
Oester.Credit-A.	$9^{1}/_{16}$	
Petersb.Disc.-Bk	6	
do. intern.Bk.	10	
Pomm.Vorz.-Akt	6	116,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	5½	104 10 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	—	130,00 bzB.
do. Cnt-Bd60pCt	—	159,60 G.
do.Hyp.-Akt.-Bk.	—	123,75 bzG.
do.Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	104,50 bzB.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	234,00 bzG.
do. Leihhaus	—	99,00 G.
Reichsbank	6,38	155,00 bzG.
Russische Bank	8	101,90 bzB.
Schles. Bankver.	—	112,80 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	8¼	156,25 bzG.
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Bauges. Berl.-Charl.	7,18	810,00 bz
Bauges. City St.-Pr.		
Bauges. Dtsche. Bau	—	76,00 G.
Bauges. Hann.-St.P.	—	74,50 B.
Bauges. Humb.	6	
Moabit	—	133,00 G.
Passage	—	70,10 bzG.
U. d. Linden	—	
Berl. Elekt.-W.	8½	167,25 bzG.
Berl. Lagerhof	—	90,75 bzG.
do. do.St.-Pr.	—	115,10 bzG.
Ahrens Br., Mbt.	0	47,00 G.
Berl. Bock-Br.	0	51,00 bzG.
Schultheiss-Br.	15	237,00 bzG.
Bresl. Oelw.	4½	85,50 B.
do. Sprit-A.-G.	7	105,40 G.
Deutsche Asph.	—	81,90 G.
Dynamit Trust.	10	134,80 G.
Erdmannsd. Sp.	—	91,25 bzG.
Fraust. Zucker	7	130,00 bzB.
Glauz. Zucker	$3^{2}/_{3}$	113,00 bzB.
Gummi HarWien	25	286,50 G.
do. Schwanitz	—	183,00 G.
do. Voigt Winde	8	131,90 G.
do. Volpl. Schldt.	—	94,00 G.
Hemmoor Cem.	—	107,90 B.
Köhlm. Strk.	14	215,75 bz
Körbisdf. Zucker	2½	107,50 G.
Löwe & Co.	—	275,00 bzG.
Bresl. Linke	—	156,75 G.
do. Hofmann	—	140,25 bz
Germ. Vrz.-Akt.	4½	68,50 G.
Görlitz Körn.	7	127,50 G.
Görl. Lüdr.	9	147,25 bz
Grusonwerk		
H. Pauksch	3	74,00 B.
Schwarzkopff	15	245,00 bzG.
Stettin-Vulk.-B.	—	100,25 G.
Sudenburg	10	168,00 bzB.
O.-Schl. Cham.	—	65,50 bzG.
do. Portl.-Cem.	—	99,25 bz
Oppeln. Cem.-F.	4½	114,00 bz
do. (Giesel)	—	96,50 G.
Gr.Berl.Pferdeb.	—	249,75 bzG.
Hamb. Pferdeb.	4	98,00 G.
Potsd.ov.Pferdb.	—	96,00 bzG.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	—	72,75 bzB.
Schles. Cement.	—	152,50 bzG.
Stett. Bred. Cem.	—	
do. Chamott.	—	203,00 bzG.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	116,25 B.
Berzelius	—	122,25 bzG.
Bismarkhütte	8	171,00 bzG.
Boch. Gusst.-F.	3½	135,00 bzB.
Donnersmarck	—	99,50 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	28,25 bzG.
Gelsenkirchen	9	151,90 bz
Hibernia	5½	123,00 bzG.
Hörd. St.-Pr.-A.	0	25,00 B.
Inowracl. Salz	1	43,75 bzG.
König u. Laura.	3	126,00 bzB.
Lauchham. cv.	4½	104,90 bz
Louis. Tief.St.-P.	4	
Oberschl. Bed.	½	72,90 bz
do. Eisen-Ind.	4½	103,25 bzG.
Redenh. St.-Pr.	0	7,75 B.
Riebeck. Mont.	11	162,60 bzG.
Schles. Kohlw.	0	27,80 bzG.
do. Zinkhütte	15	183,00 bz
do. do. St.-Pr.	15	183,80 bz
Stolb. Zink-H.	1	38,40 bzG.
do. St.-Pr.	6	105,00 bzG.
Tarnowitz ov.	3½	48,75 bzG.
do. do. St.-Pr.	0	17,25 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.